

Offener Brief an die Stadträte

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

in der kommenden Stadtratssitzung sollen Sie über das von der Stadt als zulässig erachtete Bürgerbegehren Pro-Südumfahrung entscheiden.

Wir haben zur Zulässigkeit mehrere Experten befragt und jedes Mal wurde übereinstimmend festgestellt, dass das Bürgerbegehren unzulässig ist. Wir haben daraufhin ein Gutachten bei der in dieser Sachfrage spezialisierten Rechtsanwaltskanzlei Meisterernst in Auftrag gegeben, die das Bürgerbegehren geprüft hat und ebenfalls als unzulässig bewertet.

Die wesentlichen Gründe für die Unzulässigkeit:

1. Für die Bürger ist nicht ersichtlich, welche Maßnahmen von der Fragestellung umfasst sind (Kopplung von Straßenbau und Verbesserung ÖPNV).
2. Dies wird auch nicht durch die Begründung deutlich. Die Fragestellung ist daher zu unbestimmt.
3. Des Weiteren sind etliche Tatsachenbehauptungen der Begründung falsch und führen die Bürger in die Irre (z.B. Ausbau des Bahnhofs Siegelndorf, Darstellung als einzige Alternative zur Verkehrsberuhigung).

Das Bürgerbegehren Pro Südumfahrung muss daher als unzulässig bewertet werden.

Wir fordern Sie auf das Rechtsgutachten zu würdigen und das Bürgerbegehren für ungültig zu erklären oder die Entscheidung der oberen Aufsichtsbehörden abzuwarten.

Falls die Planung ohne Bürgerentscheid Pro-Südumfahrung fortgesetzt wird, werden wir ein erneutes Bürgerbegehren Stopp Südumfahrung starten.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, bitte berücksichtigen sie das Gutachten, erklären das Bürgerbegehren für unzulässig und forcieren Sie die Mobilitätswende. Mit der StUB, verbesserten Busverbindungen und einem neuen Radverkehrskonzept haben wir eine gute Ausgangsbasis hierfür.

Mit freundlichen Grüßen des Aktionsbündnisses Stopp Südumfahrung

Prof. Dr. Martine Herpers

Dr. Horst Eisenack

Robert Erhardt

Werner Mesnaric

